

# Ministerin macht der Post die Mauer

Mit dem Postgesetz-Entwurf stellt Infrastrukturministerin Doris Bures privaten Anbietern hohe Eintritts-Barrieren auf – und führt eine Art Mindestlohn ein.

Die Österreichische Post will sparen. So sorgten in den vergangenen Monaten die verschiedensten Pläne – ob Postämter-Schließung, Jobabbau oder Auslagerung von Briefträgern – regelmäßig für großen Aufruhr, weil sich die Post nach Eigenangaben aufs Überleben auf einem völlig freien und ungeschützten Markt vorbereiten muss. Am 1. Jänner 2011 fällt wie berichtet das letzte lukrative Monopol der Post, die Zustellung von Briefen unter 50 Gramm.

**Schutz.** Doch geht es nach dem Entwurf zum Postmarktgesetz, das Infrastruktur-Ministerin Doris Bures gestern zur Begutachtung vorgelegt hat, dürfe die Post im freien Wettbewerb doch nicht so schutzlos dastehen. Der Gesetzes-Entwurf,

## DIE POST UND IHR UMFELD

**90 Prozent ihres Gewinnes** ( Betriebsergebnis 2008: 169 Millionen Euro) machte die Post zuletzt mit der Sparte Brief.

**2011** fällt das letzte Monopol der Post, auf Briefe unter 50 Gramm, weg. Da rechnete die Post ursprünglich mit bis zu 30 Prozent Umsatzverlust.

**Der Paket-Bereich** ist völlig libe-

ralisiert, die Konkurrenz ist groß. Hier hat die Post auch selbst bereits einen Großteil der Zustellung privatisiert. Jedes zweite Paket transportiert ein Privater mit Post-Logo.

**Bei den Postämtern** will die Post heuer 33 in der Steiermark und 30 in Kärnten schließen bzw. durch Postpartner ersetzen.

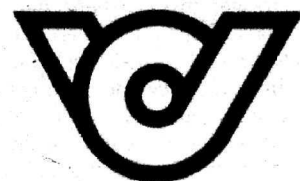
der regelt, wer zu welchen Bedingungen Post im Land zustellen kann, wird vor allem den Privaten sauer aufstoßen und wurde gestern in der Wirtschaft kritisch beäugt. „Dieses Gesetz verhindert jeden Wettbewerb“, sagt der Chef des Management-Clubs, Herbert Paierl: „Wenn man den Markt nicht öffnen will, soll man das sagen und nicht so tun als ob.“ Bures hingegen spricht davon, dass mit dem Gesetz „flächendeckende Versorgung, faire Bedingungen für alle und faire Löhne“ garantiert seien. Die Post selbst will erst morgen eine Stellungnahme abgeben.

Doch wo liegen die strittigen Punkte, wie hoch sind die Eintritts-Barrieren für Private?

**Mindestlohn.** Wirtschaftskammer-Chef Christoph Leitl kri-

tisierte gestern, dass laut Bures-Plan die privaten Postanbieter nur dann in die Briefzustellung einsteigen dürfen, wenn sie Löhne zahlen, die auch bei der Post üblich sind. Sprich: Damit wäre eine Art Mindestlohn für Briefzusteller geschaffen, bisher zahlten Private um 30 bis 40 Prozent niedrigere Löhne als die Post. Leitl erinnert daran, dass man mit einem Mindestlohn bereits in Deutschland Schiffbruch erlitten habe – weil dieser einige Private in den Konkurs getrieben habe. Dieser Passus gelte jedoch nur als Überbrückung, betonte gestern Ministeriums-Sprecherin Susanna Enk, bis es einen einheitlichen Branchen-Kollektivvertrag gebe.

**Entschädigung.** Die heimische Post wird per Gesetz als „Uni-





„Wir garantieren flächendeckende Versorgung, faire Bedingungen für alle Teilnehmer und faire Löhne für die Beschäftigten.“

Doris Bures, Infrastrukturministerin

versaldienstleister“ festgeschrieben. Das heißt, sie ist im Gegensatz zur Konkurrenz dazu verpflichtet, bis ins letzte Winkel des Landes die Post zuzustellen. Damit sich Private nicht nur die „Rosinen rauspicken“, wie Bures es nennt, wird ein „Universaldienstfonds“ eingeführt, der an die Post ausgeschüttet wird. In diesen zahlen alle Marktteilnehmer mit mehr als 500.000 Euro Jahresumsatz je nach Marktanteil ein. Die Kosten für die Vollversorgung in entlegenen Gebieten werden auf bis zu 30 Millionen Euro geschätzt.

**Poststellen.** In einem für die Bevölkerung wichtigen Punkt nimmt Bures die Post in die Pflicht: Es muss künftig ein Netz von mindestens 1650



„Das Gesetz verhindert den Wettbewerb. Wenn man den Markt nicht öffnen will, soll man das sagen und nicht so tun als ob.“

Herbert Paierl, Managementclub

Poststellen im Land geben – das sich nach der Einwohnerzahl und der Entfernung zur nächsten Poststelle richtet. Derzeit sind es 1300 Ämter und 200 Postpartner, meist unter dem Dach eines Nahversorgers. Noch heuer will die Post 293 Ämter schließen und durch 450 Postpartner ersetzen – macht in Summe wieder 1650. Laut Enk „darf es in Zukunft keinen Tag ohne Postversorgung geben“, das heißt: Dort, wo man ein Postamt schließen will, muss ein Postpartner gefunden werden. Will auch der Postpartner zusperrern, muss die Post entweder einen neuen finden, ein Amt wieder aufsperrern oder in der Zwischenzeit mobile Poststationen aufbauen.

ULRICH DUNST

BIGSHOT/JUNGWIRTH,  
WIESNER, APA